

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 12
78. Plenarsitzung, Donnerstag, 28. März 2019

„Damit Neues wirklich groß wird“
zur Regierungserklärung Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

28.03.2019

I. EINLEITUNG:

Regierungsverklärungs-Serie und konjunkturelle Herausforderungen

Anrede,

Regierungserklärungen am laufenden Band - erst Dreyer, dann Höfken, dann Hubig, jetzt Wissing, bald Lewentz... Den Mehrwert dieser Regierungser - oder besser verklärungs-Serie habe ich noch nicht erkannt.

Vielleicht geht es einfach nur darum: Dort Handeln und Aktivität vorzutäuschen, wo zu wenig stattfindet! Mir zumindest wird bei jeder Regierungsverklärung klarer, was getan werden müsste, was aber nicht getan wird! Wenn Sie einen so großen Bedarf haben, Ihre Politik zu erklären, dann haben Sie offensichtlich ein großes Problem!

Herr Minister Wissing, ein hocheleganter Titel: Aus Neuem Großes machen. Endlich erkennen Sie, wie kleindimensioniert der wirtschaftspolitische Horizont der Ampel bisher war! Was auch daran abzulesen ist, dass der Anteil der Haushaltsmittel, den Sie für Ihr Ministerium beanspruchen können, seit Ihrem Amtsantritt kontinuierlich sinkt.¹

Anrede,

in der Wirtschaftspolitik geht es nicht allein um Zahlen, es geht es um Menschen, um ihre Familien, um das Leben dahinter.

- Es geht um die Frage, ob jemand einen Job hat oder nicht.
- Um die Frage, ob jemand in seiner Heimat ein gutes Leben führen kann, ob er pendeln oder wegziehen muss.
- Und ob der Unternehmer Fachkräfte und einen Nachfolger findet.

¹ Der Anteil der Ausgaben des Ministeriums von Volker Wissing (Einzelplan 8) an den Gesamtausgaben des rheinland-pfälzischen Haushaltes geht seit 2016 kontinuierlich zurück.

2016: Ausgaben von 1,372 Mrd. Euro (entspricht 8,5 Prozent der Gesamtausgaben des Landes)

2017: Ausgaben von 1,372 Mrd. Euro (entspricht 8,4 Prozent der Gesamtausgaben des Landes)

2018: Ausgaben von 1,398 Mrd. Euro (entspricht 8,2 Prozent der Gesamtausgaben des Landes)

2019: Ausgaben von 1,459 Mrd. Euro (entspricht 8,2 Prozent der Gesamtausgaben des Landes)

2020: Ausgaben von 1,459 Mrd. Euro (entspricht 7,9 Prozent der Gesamtausgaben des Landes)

Deshalb ist die wichtigste Frage, die über rheinland-pfälzischer Wirtschaftspolitik steht:

Wie können wir unseren Bürgerinnen und Bürgern das bestmögliche Umfeld bieten,

- damit sie ihre individuellen beruflichen und wirtschaftlichen Ziele erreichen,
- damit sie gut in ihrer Heimat, in den Städten und auf dem Land leben können?

Anrede,

Brexit, Trumps Handelsstreit mit China, die starke ausländische, asiatische Konkurrenz, Globalisierung, demografischer Wandel, Klimawandel, Eurokrise, Digitalisierung, allmähliche Abschwächung der Konjunktur:

Deutschland, Rheinland-Pfalz stehen vor großen Herausforderungen. Unsere Mittelständler im Land haben schon immer ein hohes Maß an Veränderungsbereitschaft aufgebracht. Nun verlangen all diese Entwicklungen Ihnen noch mehr Flexibilität ab.

Wir möchten uns an dieser Stelle bedanken: Bei der rheinland-pfälzischen Wirtschaft, bei unseren Unternehmerinnen und Unternehmern, unseren Mittelständlern, den Handwerksbetrieben, den vielen Hidden Champions und unseren großen Global Playern. Sie leisten mit ihrem Engagement einen unverzichtbaren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Bundeslandes.

Die Fälle dagegen, in denen sich SPD-geführte Landesregierungen in Rheinland-Pfalz als Unternehmer versuchten – ich erspare Ihnen die altbekannte Aufzählung gescheiterter Großprojekte - endeten in einem Fiasko!

II. WIRTSCHAFTSPOLITIK DER LANDESREGIERUNG

Wirtschaftspolitik hat in der Ampel keine Priorität

Herr Minister Wissing, heute stellen wir für Ihre Wirtschaftspolitik fest:

- Sie verantworten eine der niedrigsten Investitionsquoten. Im Vergleich der Bundesländer: Vorletzter Platz.

- Investitionsbereitschaft: Platz 14. (Quelle: Mittelstandsbarometer Ernst & Young, Januar 2018, S. 24)
- Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, vorletzter Platz unter den westdeutschen Flächenländer (Statistisches Landesamt RLP, Bericht: Die Wirtschaft 2017 in RLP in 2017)
- Beim Abruf von bereitstehenden Bundesmitteln für technische Innovationen: Platz 11 (Quelle: Bundeswirtschaftsministerium und Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand, Stand 22.5.2018)
- Gründungsaktivität: Platz 11 von 16 Bundesländern.
- Und der Zuwachs an Arbeitsplätzen liegt unter dem Bundesdurchschnitt.

Herr Minister, da liegt in der Tat viel Raum für Neues, was größer werden könnte! Ihre Wirtschaftspolitik bleibt in der Praxis allzu oft ein Flickenteppich: Hier eine kleine Modifizierung der Förderung, dort ein wenig 3-D-Druck, ein bisschen Cluster und jede Menge runder Tische – wirtschaftspolitisches Allheilmittel überhaupt. Im Zweifel wird ein Runder Tisch einberufen. Egal ob als „Rat für Technologie“ oder „Gründerallianz“ – am Ende hat sich nichts geändert, außer dass die Teilnehmer frustriert sind, ja sogar empört das Handtuch werfen, weil sie merken: Sie dürfen lediglich als Alibigremium erhalten!

Wirtschaftspolitik ist vor allem dann wirksam, wenn sie nicht nur vom Wirtschaftsminister vertreten wird. Wenn die Ministerpräsidentin und das restliche Kabinett Ansätze aus dem Wirtschaftsministerium nicht unterstützen, laufen diese zwangsläufig ins Leere. Ob bei Haushaltsverhandlungen, gemeinsamen Gesetzen, Umwelt- und Sozialauflagen – immer wieder zeigt sich: Wirtschaftspolitik genießt in dieser Landesregierung keine Priorität!

Ein kleines Lob deshalb an dieser Stelle für die SPD-Fraktion. Dafür, dass sie die Hausaufgaben des Wirtschaftsministers erledigt – und nach 4 Workshops mit 15 Experten ein angeblich neues Konzept für eine Mobilitätswende vorlegt, rechtzeitig vor Ihrer Regierungserklärung.

Herr Minister, haben Sie sich schon für diesen Nachhilfeunterricht bedankt? Nur – liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion – so ganz taufrisch ist Ihre Mobilitätswende nicht. Der rheinland-pfälzische Landtag hat hier in diesem Raum, schon vor einem Jahr, am 22. Februar 2018, einen Antrag auf den Weg gebracht: „Zukünftige Mobilität gestalten, wichtige Weichenstellungen vornehmen“.

Und davor, Ende 2017, hatte die CDU-Fraktion genau dazu Vorschläge gemacht.

- Vorschläge für einen attraktiveren Nahverkehr,
- den ÖPNV auf Schiene und Straße,
- für saubere Mobilität,
- für bessere Vernetzung,
- für die Entwicklung einer verbund- und länderübergreifenden Plattform usw.

Kommen Ihnen diese Vorschläge vielleicht bekannt vor? Liebe SPD-Fraktion, gäbe es einen parlamentarischen Upload-Filter, dann wäre eines sehr schnell klar: Das Urheberrecht für eine Mobilitätsoffensive haben Sie jedenfalls nicht! Schauen wir uns einige Wirtschaftsfaktoren näher an:

III. WIRTSCHAFTSFAKTOREN

Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung, Forschung, Tourismus, Handwerk, Gründungskultur und Wirtschaftsförderung, Umwelt und Landwirtschaft

Verkehrsinfrastruktur

Herr Minister, 2016 und 2017 haben Sie 74,6 Millionen Euro Bundesmittel zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nicht abgerufen. (Kleine Anfrage von Christian Baldauf und Gabriele Wieland, Straßenbau – nicht abgerufene Bundesmittel: DS 17/5243) Ist Ihnen eigentlich bewusst,

- wie viele Kilometer Straße wir hätten bauen und
- wie viele Pendler und Anwohner damit entlasten können?

Ist Ihnen klar, wie sehr Sie damit Rheinland-Pfalz

- als Wirtschaftsstandort,
- als Transitland,
- als Grenzregion und
- als Bundesland mit stark ländlich strukturierten Räumen geschadet haben?

Anrede,

etwas ist – sorry, der Titel der Regierungserklärung lädt einfach zu diesem Wortspiel ein - etwas ist wirklich groß geworden: Der Investitionsstau von rund 1 Milliarde Euro, um das bestehende Netz der Landesstraßen in einen akzeptablen Zustand zu versetzen. Für Erhaltung, Um- und Ausbau stehen in diesem Jahr nur 91 Millionen Euro, für 2020 92 Millionen Euro zur Verfügung.

Das reicht kaum, um wenigstens eine weitere Verschlechterung des Landesstraßennetzes zu verhindern! Zumal die Kostensteigerung im Tiefbau nicht eingepreist ist. Bei gleich bleibenden Ansätzen bedeutet das in 2 Jahren einen Rückgang um 10 %, d.h. jede 10. Maßnahme muss gestrichen werden.

Zum Neubau von Landesstraßen.

Dafür stehen in diesem Jahr 8 Millionen, für 2020 nur 9,5 Millionen Euro zur Verfügung. Das reicht noch nicht mal für die Bellheimer Ortsumgehung, die alleine 14 Millionen Euro kostet.

Anrede,

wie soll denn bei einer solchen Verkehrsinfrastrukturpolitik etwas Großes rauskommen, Herr Minister Wissing!

Ein Bundesland trägt Mitverantwortung für die Bundesverkehrswege innerhalb der Landesgrenzen. Der Bund geht an keine Planung heran, wenn die jeweilige Landesregierung ein Bauprojekt und seine Trassenplanung nicht unterstützt. Hier liegt ein beachtlicher Schwachpunkt rheinland-pfälzischer Wirtschaftspolitik:

- Beispiel Trier:
Täglich erleben die Einwohner, wie sich die LKW-Kolonnen durch die Innenstadt wälzen. Rot-Grün blockiert seit Jahren mögliche Umfahrungen auf Bundesautobahnen.
- Ich nenne den Lückenschluss der A 1.
Nur mal so: In den vergangenen 25 Jahren sind in Deutschland 6000 Kilometer Bundesfernstraßen gebaut worden. Die rheinland-pfälzische Landesregierung scheitert an 10,5 Kilometern.
- Der Lückenschluss B50neu mit Hochmoselübergang und dem vierspurigem Anschluss am Flughafen Hahn fehlt bis heute.

- Und die Schiersteiner Brücke könnte auf der rheinland-pfälzischen Seite schon fast fertig sein, wenn die Landesregierung dies vernünftig angepackt hätte.

Was hier groß wird, sind in erster Linie Staus, weil SPD-geführte Landesregierungen Planungszeiträume verschlafen!

Wie ist es um das Engagement der Landesregierung für attraktive Schienenwege bestellt? Fernzüge halten in Mannheim und nicht in Ludwigshafen. Trier ist vom Schienenfernverkehr weitgehend abgehängt.

Herr Minister Wissing, wir brauchen dringend ein Konzept für eine bessere Einbindung unseres Landes in den Personenfernverkehr der Bahn. Auch das gehört zum Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz.

Herr Minister Wissing, ich frage Sie:

- Welche konkreten Maßnahmen fordern Sie von der Deutschen Bahn ein, um den ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz besser an die Zentren anzuschließen?
- Was tun Sie konkret, um das verkehrsträgerübergreifende Angebot im ländlichen Raum zu verbessern? Wo bleibt das lang angekündigte Nahverkehrsgesetz?

Automobilzulieferer und Unternehmen des Fahrzeugbaus zählen mit 50 000 Beschäftigten zu den größten Arbeitgebern in Rheinland-Pfalz. Wir wissen, die großen Automobilhersteller wollen in den nächsten Jahren in Deutschland in großem Umfang Stellen abbauen. Die Folgen werden die vielen kleinen und mittelständischen Zulieferbetriebe in Rheinland-Pfalz massiv treffen.

Ich hätte gerne von Ihnen dazu etwas gehört. Wie wollen Sie sicherstellen, dass diese Unternehmen angesichts der schwierigen Entwicklungen Zukunftsperspektiven haben? Sie beschreiben neue Antriebsenergien, aber welche konkreten Maßnahmen, die über reine Image- und Marketingkampagnen hinausgehen, planen Sie? Wo setzen Sie Schwerpunkte?

Breitbandversorgung/ Digitalisierung

In ihrem Koalitionsvertrag hat die Ampel einen vollständigen Ausbau des schnellen Internets mit 50 Mbit/s bis Ende 2018 - angekündigt. Das wäre vor drei Monaten gewesen. Frau Ministerpräsidentin, dieses Ziel haben Sie krachend verfehlt! Bei der Breitbandversorgung liegt Rheinland-Pfalz auf dem vorletzten Platz der westlichen Bundesländer:

- Funklöcher,
- abgehängte, ländliche Regionen,
- Betriebe ohne schnelles Internet.
- Die BASF bekommt keinen Zugang zu cybersicheren Glasfasern (dark fibre) für die Vernetzung ihrer Standorte.
- Ebenso fehlt die Glasfaser-Basis für den Anschluss der 5G-Funkmasten in Rheinland-Pfalz.

Frau Ministerpräsidentin, Ihre schnellen Netze sind genauso löchrig wie etliche Straßenbeläge im Land. Nach wie vor liegen zu viele Dörfer und Gemeinden am digitalen Feldweg! Nur drei Beispiele aus der Region Trier: Palzem, Bauler, Uersfeld. Viele digitale Innovationen, Handy-Apps, sind auf dem Land gar nicht nutzbar.

Grade die Tage hagelte es in einer Studie des Fraunhofer-Instituts wieder schlechte Noten für Rheinland-Pfalz. Bei der Digitalisierung nur Platz 11 im Ländervergleich.

Frau Ministerpräsidentin, 2018 – haben Sie – ganz große Verheißung – die rheinland-pfälzische Gigabit-Gesellschaft ausgerufen – flächendeckend, in den kommenden sechs Jahren, im ganzen Land. Dabei wissen Sie, das Wirtschaftsministerium, derzeit noch nicht mal, wo genau sich die zahlreichen weißen Flecken im Land befinden! Stattdessen tünchen Sie diese Flecken mit neuen Schönsprech-Phrasen zu und wälzen die Schuld Richtung Bund.

Herr Wissing, das Ergebnis Ihres Runden Tisches zum Mobilfunk war, dass die Netzbetreiber melden sollten, was alles nicht funktioniert. Was wir vermissen, ist ein Konzept zur Problemlösung. Ihr Konzept besteht bislang darin, dass Sie im Bundesrat fordern, dass andere ein Konzept vorlegen sollen.

Tourismus

In anderen Bundesländern steigen die Gäste- und Übernachtungszahlen. Rheinland-Pfalz gehört zu den Schlusslichtern mit der niedrigsten Wachstumsquote. Wir hatten im November in der Haushaltsdebatte die Zahlen diskutiert. Um es in Erinnerung zu rufen: Rheinland-Pfalz setzt etwa 8 Millionen Euro Landesmittel ein. Das sind 0,31 Cent pro Übernachtung. Zum Vergleich: In Bayern werden 2,50 Euro pro Übernachtung aus Landesmitteln eingebracht. Jede Tourismusstrategie bleibt leere Ankündigung, solange nicht ausreichend Mittel bereit stehen, um sie umzusetzen.

Die Enquete-Kommission hat gerade auf der ITB wieder erfahren, wie viel mehr andere Bundesländer an eigenen Mitteln einsetzen, um Innovationen unserer Hotels- und Gaststättenbetriebe möglich zu machen und so Wirtschaftskraft zu stärken. Dagegen liegt Rheinland-Pfalz hier bei investiven Hilfen im hinteren Feld aller Bundesländer.

Herr Minister, ist Ihnen klar, was Sie hier an Chancen und Möglichkeiten versäumen?

Anrede,

Wirtschaftsfaktor Forschung

Wissen zieht Wissen an und bildet die Grundlage für künftigen Wohlstand. Um Innovationen im Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu befördern, brauchen wir eine Hochschullandschaft, die auf den digitalen Wandel vorbereitet ist. Wie sonst sollen Innovationen entstehen? Bei der Weiterentwicklung unserer Hochschullandschaft steht die Landesregierung vor einem Scherbenhaufen.

Jüngstes Beispiel: Aus Unifusion Kaiserslautern – Landau – wird Konfusion Kaiserslautern-Landau! Da kann man nur daneben stehen und hilflos den Kopf schütteln, Herr Minister Wolf! Die Stimmung an den Hochschulen ist im Keller. Kein Wunder, dass der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister in der Beliebtheitsskala des Deutschen Hochschulverbandes abgeschlagen auf dem letzten Platz liegt! Und ich frage: Wie soll da aus Neuem Großes entstehen?

Gründungskultur und Wirtschaftsförderung

Wir müssen Studenten die Möglichkeit bieten, sich schneller mit wirtschaftlichen Akteuren auszutauschen. Wir müssen sie ermutigen, ihre eigenen Ideen zu verwirklichen und ihnen den Weg in die Selbstständigkeit erleichtern. Denn die Startups von heute sind der Mittelstand von morgen. Bei den unmittelbaren Förderinstrumenten für Unternehmensgründungen und Erweiterungen liegt einiges im Argen.

Ein Blick in den aktuellen Jahresbericht des Rechnungshofes:

1. Die Wirtschaftsförderungsbank (ISB), setzt 74% ihres gesamten Geschäftsvolumens für Kredite an Kommunen ein, um deren Liquidität zu sichern. Das ist doch keine Wirtschaftsförderung!
2. Die fünf Technologiezentren des Landes in Ludwigshafen, Trier, Mainz, Koblenz und Kaiserslautern verfehlen weitgehend ihre eigentliche Aufgabe. Sie sollen Existenzgründer an Hochschulstandorten beraten und ihre ersten Schritte in die Selbstständigkeit sichern, dabei Mieträume anbieten. Tatsächlich gehören 65% der Mieter der angebotenen Immobilien nicht zur angesprochenen Zielgruppe.
3. Die Existenzgründungsbüros an den Hochschulen des Landes führen ein Schattendasein.

Tatsache ist – wir können die meisten gut ausgebildeten Ingenieure und Naturwissenschaftler nach ihrem Studium nicht in Rheinland-Pfalz halten. Erst gestern hat das Magazin Stern dazu Zahlen zitiert:

„Das schwächste westdeutsche Bundesland ist Rheinland-Pfalz mit einem Minus von 40 Prozent“ (stern.de, 27.03.2019)

Rheinland-Pfalz hat insgesamt die dritthöchste Absolventenabwanderung. Deshalb mein Appell, Herr Minister Wissing:

- Tun Sie etwas dafür, dass kluge Köpfe bleiben.
- Fördern Sie mit Ihren Ministerkollegen stärker den Transfer zwischen Wirtschaft, Industrie und Wissenschaft.
- Schaffen Sie Möglichkeiten, dass kleinere Unternehmen Aufträge an Forschungsinstitute platzieren können.

Lassen Sie uns - Landtag und Landesregierung gemeinsam – eine Strukturkommission Wirtschafts- und Technologieförderung einsetzen. Hier würden Wissenschaftler, Vertreter der Hochschulen, der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern und der Kommunen des Landes mit Landesregierung und Landtag eine wirksame und abgestimmte Ausrichtung der Wirtschaftsförderung und besonders der Existenzgründungsförderung planen.

Anrede,

aus einer solchen Initiative könnte wirkliches Großes wachsen!

Fachkräftemangel im Handwerk

Anrede,

für die CDU-Fraktion ist zentrale Aufgabe rheinland-pfälzischer Wirtschaftspolitik, die wirtschaftliche Stärke unseres Handwerks zu erhalten, gerade in den ländlichen Regionen. 52.000 Betriebe beschäftigen knapp 261.000 Menschen und erzielen einen Umsatz von rund 25 Milliarden Euro.

Eine stolze Zahl.

Viele Handwerker engagieren sich im Ehrenamt, unterstützen Vereine, integrieren Flüchtlinge und bilden auch solche Jugendlichen aus, die nur mit Ach und Krach die Schule geschafft haben.

Auch wenn die Auftragsbücher gut gefüllt sind – etliche Betriebe blicken mit Sorge nach vorne.

Junge Menschen entscheiden sich viel zu selten für eine Ausbildung. - Im gesamten Rhein-Hunsrück-Kreis gab es im vergangenen Jahr nur 5 Auszubildende für den Beruf des Malers. Betriebsnachfolger werden genauso dringend gesucht.

Anrede,

wir müssen die Herausforderung, die die Bewältigung des Fachkräftemangels für unsere rheinland-pfälzische Wirtschaft darstellt, entschlossen angehen. Dafür sind mehrere Punkte entscheidend:

Schulabsolventen müssen ausbildungsfähig sein

Die Probleme fangen schon in der Grundschule an. Derzeit wissen rund 20 Prozent aller Viertklässler in Rheinland-Pfalz nicht genau, was sie lesen. Dieses Anfangs-Defizit holen die wenigsten Kinder in ihrer Schulzeit auf. Ausbilder und Inhaber der Betriebe, die ich besuche, bestätigen das. Jeder zweite Betrieb bemängelt fehlende Kenntnisse im Rechnen, Schreiben und Lesen.

Anrede,

wir müssen alles dafür tun, damit unsere Kinder das Beste aus sich machen können! Deshalb fordert die CDU-Fraktion:

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, geben Sie mehr Energie in die frühe Bildung in der Grundschule! Bildung ist der Schlüssel für Erfolg. Deshalb gilt es: Die Berufsschulen zu stärken! Die Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen ist

- dauerhaft zu schlecht,
- der Lehrermangel zu groß,
- zu oft wird fachfremder Unterricht erteilt.

Woche für Woche fallen an den berufsbildenden Schulen 3000 Unterrichtsstunden aus. Das geht auf Kosten des Lernerfolges der Auszubildenden, vor allem in technischen Berufen. Es darf nicht sein, dass ein Vertretungslehrer, der eigentlich Gesundheit unterrichtet, wochenlang vor angehenden Elektrotechnikern steht.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

stecken Sie mehr Energie in die Aufwertung der dualen Ausbildung. Sorgen Sie

- für ausreichend Lehrer an den Berufsschulen,
- für die besten Pädagogen,
- die besten Ausbildungsstätten!

So stärken Sie langfristig die Wirtschaft im Land. Legen Sie ein hochwertiges und zeitgemäßes Lehrplankonzept für die Ausbildung der rheinland-pfälzischen Berufsschüler im Rahmen der Industrie 4.0 vor. Sorgen Sie dafür, dass unsere Jugendlichen optimal auf die digitale Berufswelt vorbereitet werden!

Anrede,

Lehrlinge brauchen mehr und bessere Unterstützung in der Ausbildung. Deshalb – das ist für mich ein Gebot der Zeit - müssen Meister und Master gleichgestellt werden. Die CDU-Fraktion macht sich dafür stark, die Meisterausbildung kostenfrei zu halten. Viele Gesellen im Handwerk tragen derzeit hohe Kosten. Diese Praxis ist ungerecht – vor allem gegenüber Langzeitstudenten, die nichts zahlen!

Wir können nicht in Sonntagsreden die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung beschwören, während gleichzeitig junge Handwerker Kredite aufnehmen, um die Meisterprüfung zu finanzieren.

Und ich begrüße es, dass von der CDU-Fraktion Hamburg, über die CDU in Niedersachsen, von niedersächsischen Grünen und Liberalen bis hin zur SPD in Nordrhein-Westfalen und in Thüringen Stimmen für das Handwerk laut werden.

Meisterbonus, Aufstiegsbonus, Meisterbafög, Meisterprämie - das bisherige Förderinstrumentarium in den verschiedenen Bundesländern kann nur eine Übergangslösung sein. Deshalb, Herr Minister Wissing, Frau Ministerpräsidentin, mein Appell:

Machen auch Sie sich in Berlin dafür stark, bei der SPD, der FDP, den Grünen, die einen in der Koalition, die anderen in der Opposition – machen Sie sich dafür stark, dass zeitnah ein Eckpunktepapier zur kostenlosen Meisterausbildung auf den Tisch kommt! Und wenn das in absehbarer Zeit nicht geschieht, lassen Sie uns überlegen, wie wir hier in Rheinland-Pfalz vorgehen können. Lassen Sie uns an einem Strang ziehen. Denn in dieser Frage gibt es nur einen Gewinner, das Handwerk! Lassen Sie uns dafür Sorge tragen, dass aus Goldschmieden in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft noch erfolgreiche Unternehmer werden können!

Umweltschutz und Landwirtschaft

Energie, Wasser, Dünger, Papier– seit den 50er Jahren ist der Ressourcenverbrauch an allen Stellen deutlich gestiegen. Und immer mehr spüren wir: Das geht nicht unbegrenzt so weiter. Unsere Industriewirtschaft ist in natürliche Öko-Systeme eingebettet und hängt von Ihnen ab. Die Umwelt, die Natur, wird immer stärker zur limitierenden Ressource für ein Wirtschaftswachstum, wie wir es bislang begriffen haben. Innovations- und Technologiepolitik – das ist heute auch immer Umweltpolitik.

Anrede,

fest steht: Klima und Umweltschutz prägen zunehmend die Wirtschaft. Hier, Herr Minister, hätte ich mir gewünscht, mehr über ökologische Nachhaltigkeit in der Wirtschaftspolitik zu hören. Wo sind Ihre Impulse für ein Konzept, das die Umweltpolitik in Rheinland-Pfalz aktiv mit einer Strategie für eine moderne Industriepolitik hinterlegt?

In der Ampel geht es kreuz und quer. Aus Ihrem Hause ist mir zumindest keine größere Schrift bekannt, die das Thema " ökologische Nachhaltigkeit" näher für den Wirtschaftssektor betrachtet. Das Land Rheinland-Pfalz hat seine eigene Biodiversitätsstrategie - in der jedoch wirkliche Bezüge zu Verkehr und Wirtschaft fehlen. Wo ist eine Strategie, die hilft, die besten Lösungen zu identifizieren?

- Eine innovative Wirtschafts- und Verkehrspolitik des Landes ist dann nachhaltig, wenn sie den Schutz der vielgestaltigen rheinland-pfälzischen Kulturlandschaft, der biologischen Vielfalt und des Klimas gleichrangig mit wirtschaftlichen und sozialen Zielen verknüpft.
- Eine innovative Verkehrs- und Wirtschaftspolitik fördert Kooperationen zwischen Industrie, Landwirtschaft und Naturschutz.

Deshalb unser Vorschlag:

Richten Sie hierzu ein Netzwerk und eine Plattform ein, die solche Kooperationen aktiv fördert (Bsp. EU Plattform s. Link, Business & Biodiversity Plattform Deutschland s. Link). Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Partner im gemeinsamen Bemühen um eine nachhaltige Wirtschaft, die ökonomische, soziale und ökologische Ziele gleichrangig berücksichtigt. Neue

Förderinstrumente sollten Landwirte motivieren, Maßnahmen zur Förderung der biologischen Vielfalt in ihre Betriebe stärker zu integrieren. Ja, Sie haben recht, ohne Landwirtschaft, ohne Weinbau wäre unsere Heimat, unser Kulturraum nicht derselbe.

Aber Herr Wissing, wäre es dann nicht originär Ihre Aufgabe, als Minister für Landwirtschaft und Weinbau, gerade diesen Berufsstand vor ungerechtfertigten Angriffen besser zu schützen?

IV. SCHLUSS

Rheinland-Pfalz braucht eine Zukunftsstrategie

Herr Minister, wer einmal ins Mittelmaß zurückfällt, der kommt nicht mehr so leicht ins vordere Spielfeld. Stellen Sie sicher, dass sich in Rheinland-Pfalz Leistung wirklich lohnt!

- Für unsere Selbständigen und die vielen Handwerker.
- Für all diejenigen, die nicht zuerst nach dem Staat rufen, sondern als Unternehmer selbst Risiken eingehen und Verantwortung übernehmen.
- Die wissen, dass vor dem Verteilen das Erwirtschaften kommt.
- Für unsere Hochschulstandorte, die finanzielle und personelle Ressourcen brauchen, damit sie leistungsstark sein können.
- Rheinland-Pfalz braucht endlich eine wirkliche Zukunftsstrategie.
- braucht endlich Innovationsfreude,
- braucht endlich eine Bürokratiebremse!
- Mehr Forschung und einen klugen Energiemix, der Versorgungssicherheit und tragbare Preise garantiert,
- eine mittelstandsfreundliche Politik und eine bessere Gründerkultur.
- Hochschulen, die eng mit der lokalen Wirtschaft verzahnt sind.
- Bessere Grundschulen, exzellente Berufsschulen, digitale Lernzentren und
- ländliche Regionen, wo schnelles Internet funktioniert.

Anrede,

Herr Minister Wissing, führen Sie Rheinland-Pfalz an die Spitze. Ihr Job ist es, die Weichen für künftigen Wohlstand und ein gutes Leben jetzt richtig zu stellen. Damit unser Land nicht weiter Standortvorteile verliert, sondern Dynamik zurückgewinnt. Und damit aus Neuem wirklich Großes wird!